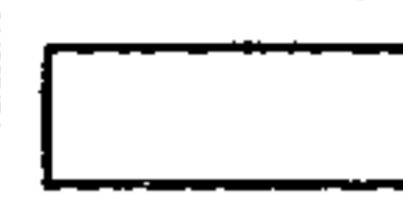


Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebkübler u. der Arbeiterschaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 3



Erscheint jeden Mittwoch
Redaktionschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr



Insertionspreis pro lesegepaßte Nonpareillezeile 50 Pf., für Zählstellen 30 Pf.

Gescheiterte Verhandlungen

über Teuerungszulagen im Zentralausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Wie bereits in Nummer 1 des Verbandsorgans bei Behandlung der neuen Erhöhung der Lebensmittelpreise erwähnt wurde, ist von unserer Organisation an die Unternehmer der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie die Forderung gestellt worden, angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse auf die Grundlöhne des Reichstarifs Teuerungszulagen zu gewähren. Unter Berücksichtigung der Lage der Industrie infolge des leider nicht aus der Welt zu schaffenden Mangels an Roh- und Betriebsstoffen entsprachen die eingereichten Forderungen durchaus nicht den Ansprüchen, die die Arbeiterschaft aus allen Teilen des Reichs in Hinsicht auf ihren notwendigen Bedarf gestellt hatte. Feder Nachweis darüber, daß unsere Forderungen selbst in doppelter Höhe noch nicht über das Maß der Notwendigkeit hinausgegangen wären, erübrigts sich; nur in Abrechnung der tatsächlichen Behinderungen, die die Süß-, Back- und Teigwarenindustrie oft ertragen muß, haben wir uns wiederum beschieden. Leider ging aber die Erwartung, die Unternehmer würden nun um so bereitwilliger auf die Verhältnisse der Arbeiterschaft Rücksicht nehmen, gar nicht in Erfüllung.

Es war verlangt worden, daß ab 1. Januar die Grundlöhne der über 20 Jahre alten männlichen Hilfsarbeiter pro Stunde um 65 Pf. die aller andern Gruppen um 50 Pf. erhöht werden sollten. Erstere Forderung war um 15 Pf. höher gestellt, weil der Lohn der älteren Hilfsarbeiter schon immer eine viel zu weite Spanne zwischen dem der gelehrten Arbeiter aufwies, eine Spanne, die sich durch den letzten Schiedsspruch vor dem Reichsarbeitsamt bedauerlicherweise noch vergrößert hatte.

Die Verhandlungen im Zentralausschuß, die am 15. und 16. Januar in Dresden stattgefunden haben und außerordentlich langwierige und hartnäckige waren (ein Protokollauszug kann erst später gegeben werden), sind leider gescheitert. Wir brauchen unserer Kollegenschaft nicht erst weiter im einzelnen auseinanderzusehen, wie ihre Unteressen mit allem Nachdruck und mit aller Zähigkeit verfochten wurden; die gute Sache war des harten Kampfes wert, obgleich es schon gleich nach Beginn der Verhandlung feststand, daß unsere Kollegenschaft im Lande eine große Enttäuschung erleben würde. Die Unternehmer erklärten mit gleicher Zähigkeit, daß es ihnen unmöglich sei, aus eigenem überhaupt eine Zulage zu gewähren, die letzten Preisfestsetzungen im Reichsministerium seien durchaus nicht so ausgefallen, daß die Betriebe weiter belastet werden könnten.

Für jede Zulage, gleichviel in welcher Höhe, müßten sie erst wieder Zulassungen von den Reichsstellen erhalten. Nur ganz unbeteiligt hielten sie es weiter, daß von unserer Seite angesetzten Forderungen zur teilweisen Ausgleichung der seit der letzten Tarif erhöhung eingetretenen allgemeinen Teuerung verlangt wurde, noch die den Unternehmern vom Reiche auferlegten Zulagen für erhöhte Brot- und Kartoffelpreise besonders zu zahlen. Von diesem Standpunkte waren die Herren aber später wieder abzubringen. Ihr erstes Angebot — einschließlich der eben erwähnten Kopfzulagen für erhöhte Brot- und Kartoffelpreise — war: allen Arbeitern 10 Pf., allen Arbeitern 15 Pf. Teuerungszulagen auf den Grundlohn. Erst nach Stundenlangem Verhandeln wurde ein neues Angebot gemacht: allen Arbeitern 10 Pf., allen Arbeitern unter 20 Jahren 15 Pf., allen Arbeitern über 20 Jahren 20 Pf. ausschließlich der Brot- und Kartoffelpflege. Letztere sollte in Höhe von 250 pro Woche jedem Einzelnen ausgezahlt werden und außerdem so viele Male, als für ihn versorgungsberechtigte, also nicht selbst verdienende Familienmitglieder in Frage kommen. Die

Vertreter der Arbeiterschaft konnten die Verantwortung für dieses ausdrücklich als letztes bezeichnete Angebot nicht übernehmen; sie lehnten es ab, und die langen Verhandlungen waren also ergebnislos verlaufen. Im Effekt hätten die angebotenen Prozentzuschläge in der höchsten Staffel eine Lohnsteigerung von 38 %, in der niedrigsten eine solche von 7 % pro Stunde ergeben. Neben dem unter den heutigen Verhältnissen zu geringfügigen Beträgen würde diese Regelung auch ein weiteres Auseinanderrücken der einzelnen Staffeln mit sich bringen, das heißt die Kluft zwischen den Löhnen der Arbeitnehmerinnen und den Hilfsarbeitern, sowie zwischen den lehrenden und den der „Gelernten“ verbreitert sich immer mehr, und ein sozialer Ausgleich wird immer unmöglich. Wer an den Wirtschaftsnotwendigkeiten nicht ganz blind vorübergeht, muß einen solchen aber heute mehr denn je anstreben.

Die Organisationsleitung legt deshalb die Entscheidung über die Frage, ob die Vorschläge der Unternehmer angenommen werden können, in die Hände derjenigen Mitglieder, die dem Reichstarif für die Süß-, Back- und Teigwarenindustrie unterstehen. Die Lage ist um so ernster, als die Unternehmer, wie bereits ausgeführt, trotz der Notlage der Arbeiterschaft wieder erst etwas zahlen wollen, wenn die Reichsstellen eine Gegenleistung bieten. Auch bei Annahme der Vorschläge müssen beim Reichswirtschaftsministerium erst sofort neue Verhandlungen angebahnt werden. Es ist also schnellsteis überall Sichtung zu der ganzen Frage zu nehmen. Wir werden das Ergebnis, sobald es sich einigermaßen übersehen läßt, unsern Tarifentnahmen unverzüglich mitteilen, und müssen, sollte es sich um ein ablehnendes Votum handeln, abwarten, ob man drüber dann vielleicht neue Verhandlungen für angezeigt hält. Wenn letzteres nicht eintritt, so ist eine weitere Verhandlungsmöglichkeit im Zentralausschuß vorläufig nicht gegeben, und die Kollegenschaft ist dann nur auf die mehr oder weniger starke Einsicht der einzelnen Betriebsleitungen in die heutige Lage der Arbeiterschaft angewiesen; wie weit man dort dem von uns zuerst geforderten Teuerungszuschlag von 50 und 65 Pf. auf den Grundlohn entgegenkommt, wird man ja sehen. Die zentrale Regelung war und ist dem Verbandsvorstand selbstverständlich immer die glücklichste Regelung solcher Bewegungen, und es ist zu einer solchen jederzeit bereit; denn sie bringt dann der Kollegenschaft auf der ganzen Linie einen Erfolg und fördert somit ihre Lebenslage auch in den zurückliegenden Gegenden.

Wir wissen, daß unsere Mitglieder soweit geschult sind, bei solchen ernsten Entscheidungen fühlens Verstand sprechen zu lassen; sie werden also die Gesamtlage der Industrie und auch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht außer acht lassen; auf der andern Seite wissen sie selbst am besten, was sie zum Leben heute notwendigerweise haben müssen. Wir können hier nur kurz und sachlich schildern, was die Dresdner Verhandlungen brachten, und erwarten nun, daß man sich überall damit auf das ernsthafte beschäftigt.

Gewerkschaftliche Grundsätze,

die von allen der Centralarbeitsgemeinschaft angeschlossenen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen innezuhalten sind.

Der Gewerkschaftskongress hatte sich mit einem Antrag verschiedener Angestelltenverbände zu beschäftigen, wonach die seineszeit einmal beschlossenen gewerkschaftlichen Grundsätze für alle der Centralarbeitsgemeinschaft angeschlossenen Gewerkschaften geändert werden sollten. Der Kongress hatte diese Frage nicht endgültig entschieden, sondern die Erledigung des Antrages dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes übertragen. Der Vorstand hat nach einer Reihe von Verhandlungen mit allen in Betracht kommenden Stellen nunmehr eine allseitige Verständigung erzielt. Die jetzt endgültig festgesetzten Grundsätze haben folgenden Wortlaut:

Zusammenfassung.

Eine Arbeitnehmergewerkschaft beziehungsweise deren Sparten oder Sektionen soll bestehen aus den Arbeitnehmern des betreffenden oder vorhandenen Berufes. Arbeitgeber oder deren Vertreter dürfen dieser Arbeitnehmergewerkschaft nicht angehören. Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn es sich um bisherige Mitglieder des betreffenden Gewerbes handelt, die inzwischen Arbeitgeber oder Arbeitgebervertreter geworden sind und ihre Mitgliedschaft in der Arbeitnehmergewerkschaft nicht aufgeben wollen. Diese außerordentlichen Mitglieder darf weder Sitz noch Stimme in den leitenden, örtlichen, beruflichen oder zentralen Instanzen der Arbeitnehmergewerkschaft zugebilligt werden. An Abstimmungen innerhalb der Ortsgruppe, die sie angehören, dürfen sie nicht teilnehmen. Arbeitgeber, die als solche aufgenommen wurden, müssen entfernt werden. Die Gewerkschaft muß den Grundsatz der Gemeinkamtheit der Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Unternehmertum und die daraus folgende Solidarität aller Arbeitnehmer anerkennen und betätigen.

Leitung.

Die Leitung der Arbeitnehmergewerkschaften liegt sowohl in der Hauptgeschäftsstelle als auch in den Bezirks- und örtlichen Organisationen in den Händen von Arbeitnehmern. Diese Leitungen werden von den Arbeitnehmern nach dem demokratischen Wahlverfahren gewählt.

Zwölfezung.

Der Zweck einer Arbeitnehmergewerkschaft ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Erhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lage der Arbeitnehmer des betreffenden Berufes.

Mittel und Zweck.

Zur Erreichung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft kommen in Betracht:

- Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder ihren Organisationen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und den Abschluß von kollektiven Lohn- und Arbeitsverträgen;
- die Arbeitsniederlegung (der Streik), wenn die Verhandlungen zu keinem annehmbaren Ergebnis führen.

Den Mitgliedern ist Streikunterstützung zu zahlen. Die Unterstützung, die auch in Fällen einer Aussperrung oder Mahregelung den Mitgliedern zu zahlen ist, muß in den Satzungen der Arbeitnehmergewerkschaft festgelegt werden;

- die geistige und fachliche Ausbildung der Mitglieder;
- Rechtschutz und Unterstützungsseinrichtungen;
- Sicherung der Arbeitnehmerrechte durch die Gesetzgebung.

Die finanziellen Mittel zur Durchführung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft sind durch Beiträge der Mitglieder aufzubringen.

Die Arbeitnehmergewerkschaft darf keine Zuwendung materieller Art von Unternehmern oder Unternehmerorganisationen annehmen.

Die Grundsätze gelten sinngemäß auch für die Arbeitnehmerorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter staatlicher und kommunaler Betriebe.

Wie sich der Zentralverband Deutscher Bäckerinnungen die Regelung der Lehrlingshaltung denkt.

Der geschäftsführende Vorstand des Zentralverbandes Deutscher Bäckerinnungen nahm in seiner Sitzung am 29. Dezember 1919 zu der Frage der Lehrlingshaltung Stellung. Es wurde beschlossen: „Sich für eine allgemeine Regelung dahin auszusprechen, daß ein Meister ohne Gesellen einen Lehrling halten darf. Beschäftigt der Meister einen Gesellen, so darf ein zweiter Lehrlingeinstellt werden. Werden mindestens zwei Gesellen beschäftigt, so darf ein dritter Lehrling gehalten werden. Mehr als drei Lehrlinge dürfen nicht gehalten werden.“ Der Vorstand des Zunungsvorandes wußt die Sache wirklich leicht, wenn er meint, durch diesen Beschuß kann der jetzt bestehende ungeheure Zustand beendet werden. Wenn die Bäckermeister allerdings in Zukunft sich nach diesem Beschuße richten, so kann die bestehende Lehrlingszahl um ein Vielfaches noch vermehrt werden. Der heutige Zustand soll also nicht mit bestehenden Kleinen, es soll sogar den Bäckermeistern das Recht eingeräumt werden, noch mehr Lehrlinge beschäftigen zu dürfen.

In unserer Petition an den Reichsarbeitsminister haben wir bereits darauf verwiesen, daß von den Innungen und Handwerkskammern niemals erwartet werden kann, solche Beschlüsse zu fassen, die es ermöglichen, die Lehrlingshaltung dem notwendigen Nachwuchs entsprechend anzupassen. Den Innungen und Handwerkskammern muß das Recht genommen werden, daß sie allein Beschlüsse über die zulässige Zahl der Lehrlinge fassen dürfen. Die Gesellschaft hat das größte Interesse daran, daß die Lehrlingshaltung in vernünftige Bahnen gelenkt wird, für sie steht viel mehr auf dem Spiele als für die Arbeitgeber. Bei ihr kommt die Existenzfrage in Betracht, während bei den Arbeitgebern in den allermeisten Fällen die Profitgier die Triebfeder zur unerhörten Lehrlingszüchterei ist.

Wir können unmöglich verstehen, wie eine Handwerksorganisation nicht mehr Gedächtnis nimmt auf die Fernhaltung aller dem Gewerbe schädigenden Einflüsse. Der Vorstand des Innungsverbandes wird doch niemals glauben, daß durch seinen Beschluß nunmehr die überaus hohe Zahl der Lehrlinge eingeschränkt werden kann. Wir sind nicht der Meinung, daß das Handwerk dadurch geschützt wird, wenn zum Schutz der nicht existenzberechtigten Elemente Beschlüsse gefasst werden, die dazu angestan sind, für den Gesamtberuf großen Schaden auszuüben.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft steht auf einem andern Standpunkt. Er war in der letzten Sitzung zu der einstimmigen Auffassung gekommen, daß den Arbeitgebern zu empfehlen ist, in diesem Jahre keine Lehrlinge einzustellen. Der geschäftsführende Vorstand des Innungsverbandes hat aber diese Empfehlung in den Wind geslagen und im Gegentheil zu dem Beschuß der Arbeitsgemeinschaft Bestimmungen aufgestellt, die der Lehrlingszüchterei im Bäckergewerbe Tür und Tor öffnen.

Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen.

Unter dem 14. Januar 1920 ist auf Blatt 7 Ida. Nr. 2 des Tarifregisters eingetragen worden:

Der zwischen dem Centralverband der Bäcker und Konditoren, Bezirksleitung Magdeburg, und der Bäckerinnung zu Dessau am 4. November 1919 abgeschlossene Kollektivvertrag wird als Stelle des für allgemein verbindlich erklärten, auf Blatt 7 des Tarifregisters eingetragenen Tarifvertrags vom 26. März 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der in Bäckereien und Konditoreien beschäftigten Bäcker, Konditoren und Hilfsarbeiter gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1456) für das Gebiet des Kreises Dessau für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 2. November 1919.

Zur Frage der Industrieorganisation im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

Veröffentlicht der Verband der Gewerbebehilfen durch den "Gewerbejählichen Nachrichtendienst" folgendes:

Durch Tagessitzungen und Gewerbeausschüsse ist in letzter Zeit eine Rücksicht gegangen, aus der zu entnehmen war, daß die Gründung eines Industrieverbundes für das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe in Vorbereitung sei bezüglichweise Beschlüsse geplant seien, monach die Verbände der Nahrungs- und Genussmittelindustrie ihre Zustimmung für diese Neugründung geben. Der Inhalt dieser Notiz ist jedoch unvoll und somit gerügt, Vermischung herborghen. Der Vertreter unseres Verbands hat unter Berichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse, insbesondere aber im Hinblick auf die Bedürfnisse für die Schaffung einer Einheitsregelung im Gewerbeverbande ausdrücklich erklär, daß er für dieser Union nicht anhänger sein könne, wie dies eine Forderung der Hauptverwaltung in ihrer Sitzung vom 17. November 1919 zum Ausdruck brachte. — Die am 12. Dezember jüngstgezogene unbeständliche Aussitzende hatte keinem feindlichen Beifall, als daß die Verbände der Brauerei- und Bierbrauer, der Bäcker und Konditoren und der Fleischer — die entsprechende Verbandsgründung schufen — sich baldmöglichst bereitgäßen müßten. Von einer Zusage unseres Verbands für eine solche Vereinigung im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist nicht die Rede gebracht.

Der Teil der Verbände der Gewerbebehilfen befand in seiner Sitzung vom 10. Januar 1920, den Beifall zu einer Nahrungs- und Genussmittelindustrieabteilung.

Die Leute beginnen zu bemerken, daß es richtig ist, daß in der Aussitzung am 12. Dezember die Vertreter der Gewerbebehilfen keine Zustimmung für eine solche Vereinigung ergeben haben, daß sie aber ausdrücklich erklärten, mit dem Beifall des Gewerbeverbands einverstanden zu sein. Da jedoch die Aussitzende eine ablehnende Haltung eingenommen hat, so für die Gewerbebehilfen jederfalls ein Verbandsgründungsunternehmen erledigt.

Verbandsnachrichten.

Schauausstellung des Verbandsverbandes.

Einführung. Am 1. Januar wurde nachfolgender Brief an die Ausstellung erichtet, vom 1. Januar an in allen Schauausstellungen und Ausstellungen der Messe-Gesellschaften, einer Gewerbeausstellung und 10 A. zu enthalten: Einbeck, Friedberg, Berlin-Schöneberg, Erfurt und Heilbronn. Der Schriftsteller Bremenhausen und Bielefeld wird am 1. Januar die Ausstellung eröffnen, vom 1. Januar an auf die Städte bis einschließlich 30. A. 1920, auf die Städte zu 190. und 191. A. einschließlich 29. A. Schließung zu erhalten.

Urkündigung unserer Befürworter. Zur Zeitschrift der gesamten Gewerbebehilfen wurde die Ausstellung zur Eröffnung der Ausstellung in Berlin-Schöneberg (Bauhof Spandau) und Berlin-Schöneberg vom 1. Januar an eröffnet, ebenso in anderen Städten, in Teterow i. B. (Bauhof Stadthalle) vom 1. Januar 1920 an eine lebenslange Befürwortung eröffnet.

Ausschluß. Auf Antrag der Zahlstelle Frankfurt a. Main wird Hubert Lücker (Karten-Nr. 776) wegen Verbandsbeschädigung ausgeschlossen.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: Jos. Dietmeier, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 18. bis 24. Januar gingen folgende Beiträge ein:
Für Dezember: Hanau A. 299,50, Elberfeld 1080,30, Annaberg 197,45, Leipzig-Döbeln 270,20, Kaiserslautern 138,85, Bayreuth 822,80, Wiesbaden 1751,25, Mainz 1277,60, Meuselwitz 822,05, Sonneberg 127,30, Löbau 172,50, Herne 102,60, Hof a. d. S. 528,85, Tangermünde 834,35, Münster 127,05, Kattowitz 100,60, Cottbus 136,80.

Für November und Dezember: Sagan A. 325,85, Wismar 353,55.

Von Einzelzahlern der Hauptklasse: R. A. Kempfen A. 16, R. G. Oberholzau 15, R. B. Domau 2,90, G. R. Hamholz 11,70, A. St. Bad Neuhaus 8.

Für Abbonements und Annonsen: R. B. Hamburg A. 4,80, R. & B. Hamburg 11,80, Gelsenkirchen 3.

Für Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: Wiesbaden A. 30, Herne 48, Hof 18, Wismar 9.

Für Jahrbücher: Sagan A. 8, Wismar 2.

Für internationale Protokolle: Leipzig-Döbeln A. 4, Kaiserslautern 6, Bayreuth 2.

Der Hauptkassierer. O. Freytag.

Aus den Bezirken.

Crefeld. Das Verkehrslokal befindet sich im Restaurant "Zum Museum", Karlsplatz, Ecke Goethestraße.

Oelsnitz i. B. Alle Zuschriften sind nunmehr an den Verschönden Mag. Hofmann, Wilhelmstr. 70, zu richten.

Sterbetafel.

Breslau. Bruno Scharf, Bäcker, gestorben am 26. Dezember 1919.

Karl Lorenz, Bäcker, gestorben am 17. Januar.

Frankfurt a. M. Hans Eberlein, Bäcker, gestorben am 21. Dezember 1919.

Kattowitz. Oskar Haendschke, gestorben am 10. Januar.

Oberhausen i. Rhld. Friedrich Reusch, gestorben am 15. Januar.

Ehre ihrem Andenken!

Das unserm Berufe.

Keks- und Zwiebackindustrie.

Unhaltbare Zustände. Aus Kollegenkreis wird uns geschrieben: Am 15. September erhielten die dem Verband Deutscher Keksfabrikanten, G. B. Gelle, angegliederten Betriebe ihr Jahreskontingent an Mehl zur Verarbeitung von Zwiebacken zugestellt. Das Betriebsjahr geht von September 1919 bis September 1920. Die Betriebe mußten im vergangenen Jahr 3 bis 4 Monate aussiezen, da die Reichsgesetzestafel drauflos arbeiten ließ, daß die Schwörte brachte. Die Angestellten mußten um der Erwerbslosenfürsorge unterziehen. In diesem Jahre haben die Unternehmer mit vieler Mühe ihr Kontingent am 15. September zugelegt erhalten, tonnen aber am Ende November mit der Verarbeitung beginnen, da das Wirtschaftsministerium erst zu dieser Zeit mit den Verkaufspreisen, die doch auf die Verpackung aufgedrückt werden mußten, herauskommt. Auf diese Art sind die Betriebe um 2 Monate mit der Produktion im Rückstand geraten. Am 11. Januar verlangten nun der Keksverband und die Keksfabrikantestafel, daß das Verhältnis von den beiden Monaten bis spätestens 29. Februar 1920 nachgeholt werden möge, andernfalls für den Betrieb das nicht verarbeitete Quantum Mehl entziehen würden. Bei den heutigen Verhältnissen ist diese Erfüllung ein Ding der Unmöglichkeit, da die Betriebe schon seit Weihnachten sehr schlecht, in den letzten 14 Tagen mit gar keinem Strom versorgt sind und unfolgedessen alles mit der Hand verarbeitet werden muß. Sollte dieses wirklich mehr sein, so sind haftpflichtlich wir Arbeitnehmer die geschädigten, da wir auf diese Art um einen Teil unserer Arbeit verlustig gehen. Deshalb müssen wir ganz entschieden dagegen protestieren, daß der Betrieb etwas am Kontingent gefehlt wird. Wir haben keine Lust, in diesem Jahr wieder einige Monate arbeitslos sein zu müssen. Nebenbei sollte die Reichsgesetzestafel das zugelegte Quantum Mehl besser auf das ganze Betriebsjahr verteilen, anstatt es in einigen Monaten verarbeiten zu lassen. Die Zwiebacke kommen ja doch meistens erst nach Monaten von den Exportgeschäften zur Verteilung. In unserer Mitte herrscht die Kapitulation, daß die Arbeitnehmer nur den Betrieb das Mehl anstreben wollen, um es dann den Fleinen, jetzt stillliegenden Betrieben als Auslandsmehl pro Sac. A. 700 zu verkaufen, um auf diese Art sich die Taschen zu füllen. Die kleinen Betriebe sollen nämlich jetzt auch wieder beliefert werden, und zwar mit Auslandsmehl zum Preise von A. 700 pro 100 kg, begleitet mit Guiter pro 100 kg A. 1000.

es des Zusammenschlusses von Gesellen und Lehrlingen im Centralverband. Herr Bäckermeister Schulz erklärte unter allgemeiner Beileid der Gewerkschaftsgenossen, daß ihm bei 10 Sac. Mehl wöchentlich nebst 1 Lehrling nur A. 40 Verdienst übrigbleiben, seine Frau müsse mitarbeiten. Herr Obermeister Kloß versprach, für den Fachauschluß einzutreten zu wollen. Bäckermeister Scheibe, ein Führer der sozialdemokratischen Partei am Orte, bedauerte es, daß die Gesellen nicht schon früher an sich selbst gebacht haben, und ersuchte, die Ausführungen des Referenten zu beherzigen und sofort dem Verband beizutreten. Es sind 23 Bäckereien am Orte mit 4 Gesellen und circa 24 Lehrlinge bei Wochenlöhnen von A. 15 und A. 20, nur Herr Scheibe zahlt nach dem Kösliner Tarif A. 40 pro Woche nebst Kosten, ein Beweis, daß es möglich ist, Gesellen zu beschäftigen und angemessene Löhne zu zahlen. Sämtliche 11 Gesellen und 11 Lehrlinge, die anwesend waren, meldeten sich zur Aufnahme in den Verband. Die nicht organisierten Kollegen müssen diesem Beispiel noch folgen. Aufnahmen nimmt entgegen der Vorsitzende, Kollege Kurt Lehmann, Belgard a. d. Persante, Poststraße 4.

Generalversammlungen.

Aue-Löbnitz. Am 6. Januar tagte in Löbnitz die Generalversammlung. Kollege Meißner gab den Jahresbericht und erklärte, daß die Arbeitsverhältnisse im Beruf durch die Lehrlingszüchterei allgemein recht trübselige für die Gehilfen waren. Sind doch bei einer allgemeinen Auflistung im September 1919 Lehrlinge neben 37 Gehilfen festgestellt worden. Der Fachauschluß sah sich genötigt, einen Beschuß zu fassen, daß zu Ostern 1920 überhaupt keine Lehrlinge eingestellt werden sollen. Im Berichtsjahr haben sich die Orte Annaberg, Thun, Ehrenfriedersdorf, Schleibenberg und Crottendorf zu einer Zahlstelle mit dem Sitz in Annaberg abgezweigt. Jetzt wollen die Kollegen von Aue eine eigene Zahlstelle gründen, so daß nur noch die Orte Schleibenberg, Schlema, Brodöß und Oelsnitz zu Löbnitz gehören. Kollege Beigert gab den Kassenbericht, der mit einer Einnahme von A. 4561,20, einer Ausgabe von A. 4401,17 und einem Kassenbestand von A. 160,08 abschließt. Kollege Heil gab den Bericht vom Bezirk und erwähnte, daß es im Bezirk allenhalben vorwärts geht. Er forderte alle Kollegen auf, in diesem Jahre alles dranzusehen, den letzten Berufsangehörigen der Organisation zuzuführen. Zu Punkt "Teilung der Zahlstelle" einigte man sich dahin: Der Kassenbestand vom November 1919 bis Schluss des Geschäftsjahrs 1919 soll gemäß dem Beschuß der Kommissionssitzung einer Teilung unterworfen werden. Kollege Meißner forderte alle Kollegen und Kolleginnen auf, auf unsere monatlich erscheinende Zeitschrift "Technik und Wirtschaftswesen" zu abonnieren, um dadurch unser Wissen und können zu vervollständigen. Er legte weiter den scheidenten Kollegen ans Herz, über manche noch kommenden Fragen eine Verständigung zu suchen. Die Wahl des Gesamtvorstandes ergab: Meißner erster, Schröderlein zweiter Vorsitzender, Beigert erster, Löffler zweiter Kassierer, Schuster Schriftführer, Frenzel und Mehlnhorn Revisoren, sowie die Kolleginnen Fr. Windisch, Schreyer und Thiele als Beisitzer.

Bernburg. In der Generalversammlung am 11. Januar gab der Vorsitzende einen Rückblick auf das verflossene Jahr, der vom Kassierer ergänzt wurde. Es fanden eine Generalversammlung, 8 Mitglieder- und 9 öffentliche Versammlungen statt. Lohnbewegungen wurden 5, davon 3 mit der Genossenschaft erledigt. Die Mitgliederzahl hat sich auf 35 erhöht. Der Kassenbestand ist ein guter. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Börner, Vorsitzender; Fröbe, Kassierer; Grothe, Schriftführer; Wahrs und Bausch, Revisoren; in die Lehrlingskommission: Börner, Witte, Reichen. Es wurde noch ein Beitrag für unsere österreichischen Kollegen aus der Lotalkasse bewilligt. Mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder, unser Vorstand in diesem Jahre aufs Doppelte zu erhöhen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gelle. Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die gut besucht war. Kollege Mödener erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Es war daraus zu erkennen, daß unsere Zahlstelle im letzten Jahre sehr emporgestommen ist. Dann hielt Bezirksleiter Weber ein ausführliches Referat. Er ermahnte die Mitglieder, dem Verband noch mehr Interesse entgegenzubringen und führte die Erfolge auf, welche wir in letzten Jahre erreicht haben. Weber teilte noch mit, daß Anträge auf Verhandlungen zwecks Forderung eines Lohnaufschlags bei den Unternehmen gestellt sind und dieser Lohnaufschlag höchstwahrscheinlich bald bewilligt werde. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: Erster Vorsitzender Hazel, zweiter Vorsitzender Kraußfeld; erster Kassierer Wöckner, zweiter Kassierer Küdiger; erster Schriftführer Bierwegge, zweiter Schriftführer Beckmann; Beisitzer Fräulein Hagemann, Fräulein Wenzel; Revisoren Kirchhoff, Kienenberg; Kartelldelegierte Wöckner, Knabe; Vertreter im Bezirksausschuss Kraußfeld, Tül. Unter Verschiedenes wird bekanntgegeben, daß in Krankheitsfällen für die ersten drei Tage der volle Lohn ausgezahlt wird. — Zum Schluss kommt noch die bevorstehende Einschränkung wegen Mehlmangels in den Krüllerwerken zur Sprache. Der Arbeiterausschuss wird mit der Firma die Arbeitszeit regeln. Hoffentlich bleibt das Mehl nicht allzu lange aus, damit der Betrieb wieder voll aufgenommen werden kann.

Crefeld. In der überaus gut besuchten Generalversammlung am 11. Januar berichtete Kollege Genenger über das Kassengebaren. Die Einnahmen betragen A. 4704,45, die Ausgaben A. 4354,43, somit Bestand A. 350,02. Auf Antrag des Kollegen Eßers wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Jahresbericht des verflossenen Geschäftsjahrs erstattete Kollege Eßers. Er betonte besonders den Zuwachs der Zahlstelle, ging dann auf die Lohnbewegungen am Orte ein und ersuchte um rege Unterstützung, damit sich die Zahlstelle Crefeld weiter so entwickeln möge zum Segen aller. Bezirksleiter Östermann gab hierauf einen lebhaft über die geleistete Arbeit. Bei der Bäcker- und Konditoreninnung sei ein Tarif eingereicht, er hoffe, daß dieser in kürzester Zeit zur Gültigkeit komme. Am dritten Punkt der Tagesordnung hob Östermann die Gründe hervor, die zur Freistellung des Kollegen P. J. Lierien, für den Bezirk Niederrhein geführt haben. Kollege Bleek dankte besonders den Kollegen der Zahlstellen Crefeld und Bielefeld für das Vertrauen, daß sie ihm entgegengebracht haben und hofft, daß alle ihn in seinem Wirkungskreis unterstützen möchten. In den Vorstand wurden folgende Kolleginnen und Kollegen

Korrespondenzen.

Belgrad a. d. Persante. Am 2. Januar fand eine öffentliche Versammlung für Bäcker und Konditoren statt, die von Bleeker, Gelle und Leibig stattgefunden wurde. Auch das Gewerbeausschussamt war eingeladen und erschien. Sozialer Bereich, Städte, sprach über die Bedeutung des Fachauschusses und die Fachausbildung in unserem Gewerbe. Es wurde es eine leichte, daß der Kommandeurverband bis jetzt die Genehmigung vom 2. September 1918 (betreffend Fachausbildung) noch nicht durchgeführt hat. Daher haben die Gesellen im Berufe keine Arbeit finden können und der Fachauschluß werden keine Schriften gefestigt. Der Kommandeur als Gesellenvertretung hat sich überall ernsthaft einzuhören, Gesellschäfte einzurichten, um die Arbeitsfähigkeit zu fördern und die Lehrlingsausbildung einzuführen. Soll das hier erreicht werden, so bedarf-

gewählt: Eßlers erster Vorsitzender, Blankerts zweiter Vorsitzender, Meehs erster Kassierer, Kallen erster Schriftführer; Beßscher: Buchholz, Nellek, Peters, Servaas, Fräulein Wagner und Fräulein Leeb; Revisoren: Geneger, Seifert und Fräulein Gathen. Als Kartelldelegierte wurden Eßlers, Blankerts und Buchholz gewählt. Nachdem noch einzelne Betriebsversammlungen festgefeiert waren, schloß Kollege Eßlers gegen 2 Uhr die Versammlung.

Danzig. In der am 8. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurde der vom Kollegen Joseph erstattete Geschäftsbereich mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. Den Kassenbericht gab Kollege Schmidt. Die Einnahmen betrugen M. 21 310,99, die Ausgaben M. 19 741,15, somit bleibt ein Bestand von M. 1569,75. An Unterstützung sind M. 2187,95 gezaht worden. Der Mitgliederbestand betrug 468, davon sind 130 Buchmitglieder. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: erster Vorsitzender Weiß, zweiter Vorsitzender Kanthak, Kassierer Schmidt, erster Schriftführer Lucht, zweiter Schriftführer Schelin, Revisoren Hoost und Bielawski, Beßscher Wildermann und Schäfer, Kartelldelegierte Peters, Bader und Laschewski. Von der Sektion der Konditoren wurden als Delegierte zum Gesamtvorstand Bader und Hoffmann, von der Süßwarenbranche Flick und Domagalski gewählt. Kollege Joseph sprach über die kommende Lohnbewegung. Es wurde beschlossen, für die in den Brotfabriken Beschäftigten M. 175 und beim Meister Beschäftigten für den ersten Gesellen M. 170 und für den zweiten Gesellen M. 165 die Woche zu verlangen. Eine Tarifkommission mit den Kollegen Lungenhausen, Steiger, Lucht, Joseph, Hinz und Zymel wurde mit der Ausarbeitung der Vorlage betraut. Zum Schluß ernannte Kollege Joseph die zuweisenden, weiter für die Sache des Verbandes zu arbeiten und den letzten Kollegen zu organisieren, damit wir den kommenden Säumern gewappnet gegenüberstehen. Mit einem begeisterten Hoch auf den Centralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Eisenach. In der Generalversammlung am 11. Januar gab Kollege Baumbach Bericht über die Fachausschüsse und brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß sämtliche Fachausschüsse des Erfurter Bezirks öfters zu einer gemeinsamen Sitzung in irgendeiner Stadt zusammenkommen sollten, um einheitliche Beschlüsse zu fassen. Dieser Anregung wurde zugestimmt. Kollege Aschenbach gab den Kassenbericht. Die Einnahmen und Ausgaben betrugen M. 3628,75, der Kassenbestand betrug M. 180,99. Die Bücher und Kasse wurden vom Revisor, Kollegen Neumann, für richtig befunden, und auf Antrag derselben wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Heumann erstattete den Kartellbericht und anschließend berichtete Kollege Kitzlinger über das Geschäftsjahr und die Tätigkeit sämtlicher Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute. Unter der Leitung des Kollegen Dorschel wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Kitzlinger als erster, Heumann als zweiter Vorsitzender; Aschenbach als erster, Beßold als zweiter Kassierer; Linsmann als erster, Kallenbach als zweiter Schriftführer; Neumann und Henkler als Revisoren; Heumann als Kartelldelegierter, Fischer als dessen Stellvertreter. Die Fachausschüsse wurden neu bestätigt. Zu die Lehrlingschuhkommission wurden Kitzlinger, Lintmann und Kallenbach, in die Agitationskommission Kallenbach, Flick und Neumann gewählt. Kitzlinger berichtete von der Schlichtungsausschüsse, daß laut Schiedsspruch die Innung verpflichtet wurde, mit uns in ein neues Tarifverhältnis zu treten. Dem gelben Gehilfenverein wurde die Berechtigung als Tarifkontrahent verliehen, da er als eine Gewerkschaft für Arbeiterinteressen die gesetzliche Anerkennung nicht besitzt. Dem Ansuchen der Innung beim Schlichtungsausschuss um 14 Tage Fortverlängerung wurde stattgegeben. Die ordentlichen Mitgliederversammlungen wurden vorläufig wieder auf den zweiten Sonntag jedes Monats, vormittags 10 Uhr, festgelegt.

Emden. In der am 8. Januar im „Hriesenhof“ stattgefundenen Versammlung ergab die Neuwahl des Vorstandes folgendes: Erster Vorsitzender H. Redenius, erster Kassierer W. Martius, erster Schriftführer H. Groeneweld; zweiter Vorsitzender W. Esders, zweiter Kassierer J. Bäcker, zweiter Schriftführer W. Schau; Revisoren R. Tannmeyer und D. Harbers; Kartelldelegierte G. Düsseler und H. Dünes.

Frankfurt a. d. O. In der stark besuchten Generalversammlung am 5. Januar wurden nach Erstattung des Jahres- und Kassenberichtes folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Höhler als erster, Kersti als zweiter Vorsitzender, Zippert als Kassierer, Kluge als Hilfskassierer, Biermeier als erster, Glante als zweiter Schriftführer, Fein und Kahlfus als Revisoren, Bülow und Greipel als Beßscher. Auf die Frage eines Kollegen, wie es mit der Erstattung derstellunglosen Kollegen sei, antwortete der Vorsitzende, daß er bereits mit einem Antrag einen Zwang auf die Meister auszuüben, an den Demobilisierungsausschuss heranzutreten sei. Die guten Fortschritte im letzten Monat geben Gewähr, daß die Kollegen bald restlos der Organisation angehören werden.

Gera. Die am 11. Januar stattgefundene Generalversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Der Vorsitzende, Kollege Trensel, gab einen kurzen Rückblick über das verflossene arbeitsreiche Jahr. Wenn nicht allen Wünschen der Kollegen Rechnung getragen werden konnte, so muß das Versäumte im neuen Jahre nachgeholt werden. Die Meinung vieler Kollegen, die Gewerkschaften seien überholt, sei eine ganz irrite. Mehr denn je gebrauchen wir die Gewerkschaften, denn die Reaction erhebt sich immer mehr, um ihre alte Macht wieder zu gewinnen. Es ist nur Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, mitzuwirken, um dieses zu verhindern. Kollege Niende gab den Kassenbericht, der mit einer Einnahme von M. 6682,73 und einer Ausgabe von M. 5983,05 abschließt, so daß am 1. Januar ein Kassenbestand von M. 699,65 verbleibt. Auf Kosten der Hauptkasse wurden M. 2091,85 ausgeschüttet. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresende 186. Kollege Seecny berichtete als Revisor, daß bei allen Prüfungen der Kasse alles in bester Ordnung befunden wurde; und stellte den Antrag, den Kassierer zu entlassen. Die Aussprache war eine lebhafte und sachliche. Besonders wurden Beschwerden der Arbeiter der Firma Gießert & Co. beleuchtet, die nicht den Mut haben, in die Versammlungen zu kommen. Kollege Strelstorff machte noch einige Ausführungen zum Bericht. Es wurde beschlossen, in aller Kürze eine Betriebsföhrung bei Steinert abzuhalten.

Ob die Kollegen auch kommen? D. B.) Dem Kassierer sowie den Gelantvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Aus der Wahl gingen hervor die Kollegen: Trensel erster, Seifert zweiter Vorsitzender; Menke erster, Eisenbraut zweiter Kassierer; Feustel erster, Frank zweiter Schriftführer; Revisor: Seecny und Schultheiß; Unterklasse: Eisenbraut und Zimmermann; Kartellvertreter: Tammrich und Kettig. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde vom Vorsitzenden noch darauf hingewiesen, daß trotz der Anzeigen die Bäckermeister es nicht lassen können, die gesetzlichen Bestimmungen zu übertragen und die Arbeitszeit einzuhalten. Unfähiglich der enorm steigenden Preise der Lebenshaltung wurde beschlossen, in eine örtliche Lohnbewegung einzutreten. Es wurde für Gesellen unter 20 Jahren M. 100, über 20 Jahre M. 120 für Kleinbetriebe und M. 140 für Großbetriebe gefordert. Kollege Trensel ermahnte die Kollegen, auch im neuen Jahre den Vorstand aktivitätsmäßig zu unterstützen. Die Mitgliederversammlungen finden im Winterhalbjahr jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr, statt und im Sommerhalbjahr jeden zweiten Sonnabend im Monat, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Hainberg.“

Hagen-Schwerde. Am 11. Januar fand unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen Rückblick über die Entwicklung der Zahlstelle im vergangenen Jahr, die trock mehreren öffentlichen Versammlungen, nicht ganz zufriedenstellend war. Der Kassenbericht wurde gutgeheissen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen nachstehende Personen hervor: Max Burscheid als erster, Hugo Behler als zweiter Vorsitzender; Gottlieb Wielandt als erster Kassierer; Otto Schmidt als Schriftführer; Struve und Orlowski als Revisoren; Ernst Scholz als Kartelldelegierter. Für Schwerte wurde Hans Hofmann als Vertrauensmann gewählt. Mit dem Gelöbnis, noch eifriger mitzuwirken an unserm wirtschaftlichen Aufbau, wurde die Versammlung geschlossen.

Hamm-Leschede. Unsere gutbesuchte und glänzend verlaufene Generalversammlung tagte am 11. Januar. Die Zahlstelle übernahm am 1. Juli bei der Gründung 49 Mitglieder, eingetreten 10, ausgetreten 2 Mitglieder. Geheimer Stand 57 Mitglieder, 21 männliche und 36 weibliche. Versammlungen fanden 4, Vergnügungen 2 statt. Die Gesamteinnahme betrug M. 1020,70, die Ausgabe M. 869,55, so daß ein Kassenbestand von M. 151,15 verbleibt. In den Vorstand wurden gewählt zum ersten Vorsitzenden: Brautling, zweiten Vorsitzenden: Möhrig, ersten Kassierer: Bähle, zweiten Kassierer: Probst, ersten Schriftführer: Hesse, zweiten Schriftführer: Horsting, zu Beßschen: Fräulein Behrens und Fräulein Meyer; Revisoren: Götz und Fräulein Duckstein, Kartelldelegierte: Breitling, Bähle und Hesse. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, die Firma zu ersuchen, betreffs der Preissteigerung der Lebensmittel einen Lohnausgleich zu schaffen. Bezirksleiter Wilke vertrat die Ansicht, daß nicht allein die Lebensmittel verteuert sind, sondern alles, was zum Lebensunterhalt gehört. Eine Teuerungszulage von 40 p.M. sei nur gerecht, um als Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen sein Leben fristen zu können. Wilke sprach noch über die Aufgaben und Leistungen des Verbandes. Es ist Pflicht, daß sich jeder Kollege und jede Kollegin dem Verband anschließen muß, denn nur geschlossen sind wir eine Kraft. Sämtliche anwesende Nichtmitglieder traten geschlossen dem Verband bei.

Homburg v. d. H. In der Generalversammlung am 18. Januar erstattete der Vorsitzende, Kollege Schaller, den Geschäftsbereich. Das Jahr war reich an Kämpfen, hauptsächlich in der Süß-, Feigwaren- und Zwiebackindustrie. Mit der Bäckerinnung ist noch kein Tarif vereinbart worden. Die Herren lehnten ihn ab und kamen nicht zu Verhandlungen. Nun soll in Frankfurt a. M. der Schlichtungsausschuss entscheiden. Der Mitgliederbestand war am 31. Dezember 1919 206 männliche und 331 weibliche Mitglieder. Der Kassenbericht schloß mit einer Einnahme von M. 12 640,17 und einer Ausgabe von M. 11 345,76 bei einem Bestand von M. 1294,41 ab. Auf Kosten der Hauptkasse wurden ausbezahlt: Arbeitslosenunterstützung für 19 Mitglieder 342 Tage M. 383,30, Krankenunterstützung für 4 Mitglieder 57 Tage M. 44,10; außerdem M. 427,40. Den Kartellbericht gab Kollege Schmidt. Die Neuwahl brachte folgendes Ergebnis: Schaller erster, Biermeier zweiter Vorsitzender, Frecht Kassierer, Otto und Holstein Schriftführer, Druschel, Schmidt und Landvoigt Kartelldelegierte, Frau Landvoigt und Fräulein Gottlieb Beßscher. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Arbeiterausschüsse der verschiedenen Fabriken auf, besser zusammenzuarbeiten. Mit einem Appell, den Vorstand lächelnd zu unterstützen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schmölln i. S. A. Am 17. Januar fand die gut besuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Die Zahlstelle hat nunmehr einen Bestand von 15 Mitgliedern; der Kassenbericht weist einen Bestand von M. 279,15 auf. Nach dem Kartellbericht vom Kollegen Grünbeck wurde beschlossen, daß die Wahl des Kartelldelegierten wie bisher stattfinden solle. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Elzholz erster, Kindt zweiter Vorsitzender; Lässch Kassierer und Schriftführer; Revisoren: Friedr. Beuschel und Hugo Burkhardt; Kartelldelegierter: Grünbeck; Lehrlingskommission: Wilh. Elzholz und Friedr. Beuschel. Für Diensten des Kartelldelegierten wurden M. 2,50 festgesetzt. Unter Verschiedenes wurde zum Lehrlingswesen Stellung genommen und beschlossen, an die Handwerkskammer in Graz zu schreiben: das Unternehmen von Lehrlingen einzuschränken.

Sierzin. Am 11. Januar fand die Generalversammlung statt. Kollege Wilke berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes im vergangenen Jahre. Zu dem Bericht wurde auf die Lohnbewegung in den 8 Branchen hingewiesen. Im Anfang des Vorjahrs wurden noch Löhne von M. 15 für Koch und Logis und M. 82 außer Koch gezahlt. Im vergangenen Jahre gelang es, die Löhne eingemessen den anderen Berufen anzupassen. Der Konditorgehilfenverein, welcher bisher auf neutraler Grundlage bestand, ist im Februar zum Verbund übergetreten. Auch hier sind die Löhne seitdem sehr verbessert worden. In der Bäckervereinbranche wurden Anfang des vorjährigen Jahres noch Löhne von ganzen M. 8 die Woche gezahlt, auch heute noch sind in dieser Branche die Löhne außerordentlich miserabel zu nennen. Zurzeit sind Verhandlungen im Gange, um auch hier zu höheren Löhnen zu gelangen. Der Vorsitzende, Kollege Wilke, schloß seine Ans.

führungen mit dem Hinweis auf die erbärmliche Lage, in der sich heute die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands befindet, und daß wir durch gewerkschaftliche Arbeit allein nicht zum Ziel kommen, sondern daß es nötig ist, im revolutionären Kampf die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen und dafür die sozialistische einzuführen. Wilke erläuterte, wenn er wieder als Vorsitzender gewählt würde, daß er in diesem Sinne wirken wird. Den Kassenbericht gab Kollege Gerth. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahl des ersten Vorsitzenden und des Kassierers wurde nach dem Statut per Stimmenzettel vor, genommen und ergab die einstimmige Wiederwahl des Kollegen Wilke und des Kollegen Gerth. Per Auktionswahl wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: zweiter Vorsitzender: Egon, zweiter Kassierer: Hubel, erster Schriftführer: Böckle, Revisor: Mandel, Guste, Milde, und zu Beßschen: Neumann, Werner, Schneider, Babel, Ohlsen und Fräulein Rohrbeck.

Wernigerode. Am 9. Januar fand die Generalversammlung statt. Wieder gewählt wurden: als erster Vorsitzender Nagengast, zweiter Vorsitzender Seiler, erster Kassierer Reilecke, zweiter Kassierer Könnecke, dritter Kassierer Lumme, erster Schriftführer Koch, zweiter Schriftführer Michaelis, als Revisoren Krüger, Erzoldner, Könnecke und Bochert; Kartelldelegierte Seiler, Krüger, Lumme und Frau Neuberg. Der neue Tarif vom 1. Januar wurde einstimmig angenommen. Die Abrechnung für den Monat Dezember wurde für richtig befunden und dem Kassierer die Entlastung erteilt sowie ein jährliches Monatogeld von M. 50 bewilligt. Die Beitragseleistung wurde wie folgt festgelegt: für Facharbeiter M. 1,40, für Arbeiterinnen über 20 Jahre 90 Pf., für Arbeiterinnen unter 20 Jahren 70 Pf einschließlich eines Lokalbeitrages von 10 Pf. wöchentlich. Die neue Beitrageregelung tritt am 1. Februar in Kraft.

Würzburg. Am 14. Januar fand im „Goldenen Hahn“ unsere Jahreshauptversammlung statt. Kollege Konrad erstattete den Kassenbericht, aus dem zu erscheinen war, daß unser Mitgliedschaft seit der Revolution ständig im Wachsen ist. Für seine mutigste Kassierung sprach ihm die Versammlung den Dank aus. Neuaufnahmen waren 349 und Übertritte von andern Organisationen 142 zu verzeichnen, so daß der jetzige Mitgliederstand das fünfte Hundert weit überschritten hat. Hößler gab einen Rückblick. An Lohnsteigerung konnte für 535 Kollegen und Kolleginnen durchschnittlich pro Woche M. 10 249,20 erreicht werden. Am schlechtesten war die prozentuale Lohnsteigerung bei der Konditorensektion, obwohl die hierigen Prinzipale bei den Verhandlungen zugänglicher waren. Nur die Uneinigkeit und Erfahrunglosigkeit der Gehilfen tragen die Schuld, daß sie nicht als erstklassige Arbeiter bezahlt werden, als daß sie bei ihren Prinzipalen selbst gelten. Bei den Bäckern war die Lohnsteigerung bedeutend besser, doch soll demnächst versucht werden, den Meistern das Handwerk zu legen, die auf Kosten der arbeitslosen Gehilfen die Preiserhöhung in ihre Tasche stecken und nur Gehilfen beschäftigen, denen sie nur selten mehr als ein Trinkgeld geben. Am besten haben die Feigwaren- und Zuckerwarenarbeiter abgeschnitten, weil dort die erbärmlichsten Löhne gezahlt wurden und der von unserer Organisation abgeschlossene Reichstarif ganz bedeutsame Verbesserungen brachte. Ein großer Teil der Arbeiterschaft der Frankoniaer hat daher auch eingesehen, daß ihr Platz nicht mehr bei den christlichen Drahtziehern ist, sondern in der freien Organisation, mit der die Firma im Tarifverhältnis steht. Der gute Geist unter der Arbeiterschaft berechtigt zu den größten Hoffnungen. Bei der Neuwahl wurden gewählt: Endres, erster Vorsitzender, Pfeifer, zweiter Vorsitzender, Konrad, erster Kassierer, Nicolaus, zweiter Kassierer, Haug, erster Schriftführer, Drapold, zweiter Schriftführer, Revisor: Fischer und Bichmann. Kartelldelegierte: Weiß, Pfeifer und Schneider. Von letzteren wurde verlangt, daß die Berichte regelmäßig gegeben werden. Haug forderte die Anwendungen auf, auch die Veranstaltungen des Gesang- und Vergnügungsvereins zu unterstützen, da der Niederzuhang zum großen Teil der Lokalkasse zugeführt wird. Im vergangenen Jahr konnte der Verein M. 600 an den Verband abtreten. Durch die Verschmelzung mit dem früheren Gehilfen- und dem Gesangverein wurde eine neue Entwicklung angekündigt und den alten Mitgliedern ihre Krankenunterstützung gesichert. Auch auf den geistigen Verkehr Samstags abends im Vereinslokal soll nochmals hingewiesen.

Zwickau. Am 11. Januar fand die zahlreich besuchte Generalversammlung statt. Aus dem Bericht des Vorstandes ist eine günstige Lohnsteigerung zu konstatieren. Von 29 am Jahresanfang vorhandenen Mitgliedern stieg die Mitgliederzahl auf 171 am Jahresende. Eine unzureichende Versammlungs- und Sitzungstätigkeit war notwendig, um den vielen wichtigen Fragen gerecht zu werden. Die Unterbringung der arbeitslosen Kollegen wurde soweit wie möglich durchgeführt. Das erreichte Verbot der Lehrlingeinsetzung zu Ostern 1919 trug auch einen guten Teil dazu bei. Die Tariffrage stand im Vordergrunde des ganzen Jahres. Der im Januar 1919 mit der Innung abgeschlossene Tarif und 2 notwendig gewordene Verbesserungen deselben bildeten die Haupttätigkeit. Auch mit den Innungen in Planitz, Niederhafelau und Werden wurde ins Tarifverhältnis eingetreten. Für die Kollegen und Kolleginnen in der Zuckerbranche wurden ebenfalls Verbesserungen erzielt. Der Kassenbericht appellierte an die Kollegen, die Entwicklung noch zu beschleunigen zu helfen und nicht zu ruhen und zu rasten, bis auch der letzte Kollege der Organisation angezogen ist. Die Entlastung des Kassierers erfolgte einstimmig. Der Bezirksleiter würdigte im besonderen die Erfolge des Bezirks. Er freist kurz die gelbe Gesellenbewegung, die sich im Bezirk wieder bemerkbar macht und negiert sie als Schuppenträgerin des Unternehmens sei. Er erwähnt die Kollegen, alles daranzutun, um bald von einem Verhängen dieser Bewegung berichten zu können. Die Vorstandswahl ergibt die Wiederwahl der Kollegen Gerlich, erster Vorsitzender, Günther, Kassierer, Schenker, Ernst, Müller, Pfeifer, zweiter Vorsitzender, Bergf, Esemann und Weißbad, Beßscher, Auer und Hübner, Revisor. In die Tarifkommission wurden die Kollegen Gerlich, Günther und Hörsch wiedergewählt. In die Lehrlingschuhkommission die Kollegen Günther, Wohlhab und Rabe. Es wird beschlossen, die Mitgliederversammlung lediglich Donnerstag im Monat

